

Pressemitteilung

SPD-Konzept für Kindergrundsicherung: Bündnis begrüßt Pläne der SPD

Berlin, 25.11.2019. Das Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG begrüßt das heute von der SPD vorgestellte Konzept für eine Kindergrundsicherung. Dies sei ein weiterer wichtiger und konkreter Vorschlag zur Reform der der Kinder- und Familienförderung. Als positiv bewertet das Bündnis vor allem die Forderung das kindliche Existenzminimum neu zu berechnen sowie die Stärkung der Infrastruktur für Kinder und Familien vor Ort.

„Eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient, muss Kinderarmut endlich konsequent verringern, Kindern eine faire, verlässliche und sozial gerechte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen und Schluss machen mit dem Bürokratie-Wahnsinn der viel zu komplizierten Familienförderung in Deutschland. Da ist das Konzept der SPD ein guter Schritt, um viele Probleme entschlossen anzugehen“, erklärt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes und Sprecher des Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG. Schneider begrüßt, dass sich mit SPD, DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen nun insgesamt schon drei Parteien im Bundestag mit konkreten Vorschlägen für die Idee einer Kindergrundsicherung einsetzen.

Das Bündnis, ein Zusammenschluss großer Sozial- und Familienverbände und Wissenschaftler*innen, setzt sich seit 10 Jahren für einen Systemwechsel in der Familienförderung und für eine monatliche Geldleistung ein, die die bisherigen Leistungen bündelt und das kindliche Existenzminimum sichert. „Die sozialdemokratische Kindergrundsicherung nimmt viele grundlegende Ideen auf, die wir im Bündnis entwickelt haben. Sie ist ein Systemwechsel. Denn sie bedeutet, dass jedes Kind im Sinne der Kinderrechte einen eigenständigen Anspruch auf die Kindergrundsicherung hat. Für die weiteren Beratungen wünschen wir uns von der SPD, dass die Auszahlung – ähnlich wie bei der Grundrente – automatisch erfolgt. Eine Kindergrundsicherung nach diesem Modell braucht keine bürokratischen Hürden“, sagt Heinz Hilgers, Präsident des Kinderschutzbundes und Koordinator des Bündnisses.

Mit der zweiten zentralen Säule der Kindergrundsicherung der SPD soll die Infrastruktur vor Ort gestärkt werden. Ulrich Schneider ergänzt: „Kinder und Familien brauchen beides – ausreichend finanzielle Ressourcen und eine starke Infrastruktur vor Ort. Investitionen in eine bessere personelle Ausstattung, z.B. für Schulen in benachteiligten Stadtteilen, oder in die Grundausstattung kommunaler Freizeitinfrastruktur wie Schwimmbäder und Bibliotheken sowie den weiteren Ausbau der Frühen Hilfen begrüßen wir. Wir fordern darüber hinaus einen Rechtsanspruch auf Teilhabe im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe.“

„Die sozialdemokratische Kindergrundsicherung basiert in der Höhe noch auf der aktuellen Berechnung. Jedoch fordert die SPD eine konsequente Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums, mit der Behebung methodischer Probleme und mit Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Diese Forderung begrüßen wir sehr. Die Fragen, die wir uns stellen müssen, lauten: Was brauchen Kinder für ein gutes Aufwachsen? Wie ist Teilhabe wirklich möglich? Darüber brauchen wir einen gesellschaftlichen Dialog und wir wünschen uns eine Expertenkommission, die darauf grundlegende Antworten findet“, sagt Heinz Hilgers weiter.



Unterstützt durch die
Wissenschaftler/innen:

Prof. Jutta Allmendinger, PhD
Prof. Dr. Hans Bertram
Prof. Ullrich Gintzel
Prof. Dr. Walter Hanesch
Prof. Dr. Klaus Hurrelmann
Prof. Dr. Heiner Keupp
Prof. Dr. Ronald Lutz
Dr. Gisela Notz
Dr. Christiane Meiner-Teubner
Prof. Dr. Hans-Jürgen Schimke
Prof. Dr. Stefan Sell
Prof. Dr. Margherita Zander



Mehr Informationen zur Kindergrundsicherung finden Sie auf www.kinderarmut-hat-folgen.de

Kontakt: Juliane Wlodarczak, Pressesprecherin, Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V., Schöneberger Str. 15, 10963 Berlin, Tel.: 030 214809-20, Fax: 030 214809-99, wlodarczak@dksb.de, www.dksb.de